

## WETTEN, DECRETEN, ORDONNANTIES EN VERORDENINGEN LOIS, DECRETS, ORDONNANCES ET REGLEMENTS

### FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C – 2016/00022]

**15 MEI 2014.** — Wet tot wijziging van de wet overheidsopdrachten en bepaalde opdrachten voor werken, leveringen en diensten van 15 juni 2006 en van de wet van 13 augustus 2011 inzake overheidsopdrachten en bepaalde opdrachten voor werken, leveringen en diensten op defensie- en veiligheidsgebied. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de wet van 15 mei 2014 tot wijziging van de wet overheidsopdrachten en bepaalde opdrachten voor werken, leveringen en diensten van 15 juni 2006 en van de wet van 13 augustus 2011 inzake overheidsopdrachten en bepaalde opdrachten voor werken, leveringen en diensten op defensie- en veiligheidsgebied (*Belgisch Staatsblad* van 28 mei 2014).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

### SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C – 2016/00022]

**15 MAI 2014.** — Loi modifiant la loi du 15 juin 2006 relative aux marchés publics et à certains marchés de travaux, de fournitures et de services et la loi du 13 août 2011 relative aux marchés publics et à certains marchés de travaux, de fournitures et de services dans les domaines de la défense et de la sécurité. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la loi du 15 mai 2014 modifiant la loi du 15 juin 2006 relative aux marchés publics et à certains marchés de travaux, de fournitures et de services et la loi du 13 août 2011 relative aux marchés publics et à certains marchés de travaux, de fournitures et de services dans les domaines de la défense et de la sécurité (*Moniteur belge* du 28 mai 2014).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

### FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C – 2016/00022]

**15. MAI 2014** — Gesetz zur Abänderung des Gesetzes vom 15. Juni 2006 über öffentliche Aufträge und bestimmte Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge und des Gesetzes vom 13. August 2011 über öffentliche Aufträge und bestimmte Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit — Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Gesetzes vom 15. Mai 2014 zur Abänderung des Gesetzes vom 15. Juni 2006 über öffentliche Aufträge und bestimmte Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge und des Gesetzes vom 13. August 2011 über öffentliche Aufträge und bestimmte Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

### FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST KANZLEI DES PREMIERMINISTERS

**15. MAI 2014** — Gesetz zur Abänderung des Gesetzes vom 15. Juni 2006 über öffentliche Aufträge und bestimmte Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge und des Gesetzes vom 13. August 2011 über öffentliche Aufträge und bestimmte Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

**Artikel 1** - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 78 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

Es dient der Teilumsetzung der Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur Energieeffizienz, zur Änderung der Richtlinien 2009/125/EG und 2010/30/EU und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG und der Richtlinie 2009/52/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über Mindeststandards für Sanktionen und Maßnahmen gegen Arbeitgeber, die Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigen.

**Art. 2** - In Artikel 17 § 1 des Gesetzes vom 15. Juni 2006 über öffentliche Aufträge und bestimmte Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge, abgeändert durch das Gesetz vom 5. August 2011, werden die Wörter "Vorliegendes Gesetz gilt nicht für" durch die Wörter "Nicht unter die Anwendung des vorliegenden Gesetzes, mit Ausnahme von Artikel 41/1, fallen" ersetzt.

**Art. 3** - Artikel 18 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 5. August 2011, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 werden die Wörter "Vorliegendes Gesetz gilt nicht für" durch die Wörter "Nicht unter die Anwendung des vorliegenden Gesetzes, mit Ausnahme von Artikel 41/1, fallen" ersetzt.

2. [Abänderung des französischen Textes]

**Art. 4** - In Artikel 20 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 5. August 2011, wird ein § 1/1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"§ 1/1 - Außer aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses ist ein Bewerber oder Bieter in gleich welchem Stadium des Vergabeverfahrens vom Auftragszugang auszuschließen, wenn nachgewiesen wurde, dass er als Arbeitgeber Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigt hat, wie im Gesetz vom 11. Februar 2013 zur Festlegung von Sanktionen und Maßnahmen gegen Arbeitgeber, die Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigen, erwähnt.

Diese Bestimmung gilt auf die gleiche Weise gegenüber einem Unternehmen, das der Bewerber oder Bieter in Anspruch nimmt, wenn die Kapazitäten dieses Unternehmens für die Auswahl des Bewerbers beziehungsweise Bieters entscheidend ist.

Der Ausschluss von der Teilnahme an öffentlichen Aufträgen gilt für die Dauer von bis zu fünf Jahren.

Der König kann Ausnahmen für kleine Aufträge unter dem von Ihm festgelegten Wert bestimmen, eine Höchstdauer, für die der Ausschlussgrund gilt, auferlegen, und diesbezüglich einzuhaltende Modalitäten festlegen. Der Ausschlussgrund darf auf keinen Fall länger als fünf Jahre gelten.“

**Art. 5** - In dasselbe Gesetz wird ein Artikel 41/1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Art. 41/1 - § 1 - Der in Artikel 2 Nr. 1 Buchstabe *a*) erwähnte öffentliche Auftraggeber und die in Artikel 2 Nr. 1 Buchstabe *c*) erwähnten öffentlich-rechtlichen Einrichtungen, deren Tätigkeit überwiegend vom erstgenannten öffentlichen Auftraggeber finanziert wird, deren Leitung der Aufsicht dieses öffentlichen Auftraggebers unterliegt oder deren Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgan mehrheitlich aus Mitgliedern besteht, die von diesem öffentlichen Auftraggeber ernannt worden sind, beschaffen hinsichtlich der vom König festzulegenden Waren, Dienstleistungen und Gebäude nur Waren, Dienstleistungen und Gebäude mit hoher Energieeffizienz.

Für die Anwendung des vorliegenden Artikels versteht man unter “Beschaffung eines Gebäudes” ebenfalls Miete und Erwerb dinglicher Rechte an einem Gebäude.

Öffentliche Auftraggeber, auf die Absatz 1 nicht anwendbar ist, ziehen hinsichtlich der vom König festzulegenden Waren, Dienstleistungen und Gebäude nur die Beschaffung von Waren, Dienstleistungen und Gebäuden mit hoher Energieeffizienz in Betracht.

Als Bedingung für die Beschaffung von Waren, Dienstleistungen und Gebäuden mit hoher Energieeffizienz gilt, dass sie mit Kostenwirksamkeit, wirtschaftlicher Durchführbarkeit, Nachhaltigkeit im weiteren Sinne und technischer Eignung vereinbar sind und ausreichender Wettbewerb vorhanden ist.

Alle öffentlichen Auftraggeber prüfen bei der Vergabe von Dienstleistungsaufträgen die Möglichkeit, langfristige Energieleistungsverträge zu schließen, die langfristige Energieeinsparungen erbringen.

§ 2 - Der König legt die Modalitäten für die Anwendung von § 1 fest. Zu diesem Zweck legt Er insbesondere Mindestanforderungen an die Energieeffizienz für die von Ihm zu bestimmenden Waren, Dienstleistungen und Gebäude fest.

Darüber hinaus kann der König die Geltendmachung der in § 1 Absatz 4 erwähnten Gründe zur Rechtfertigung der Beschaffung von Waren, Dienstleistungen und Gebäuden ohne hohe Energieeffizienz einer Begründungspflicht unterwerfen.“

**Art. 6** - Artikel 55 Absatz 1 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 5. August 2011, wird wie folgt ersetzt:

“Die Artikel 5 bis 11, 15, 17, 18 Absatz 1 Nr. 1 bis 5 und Absatz 2, 19, 20, mit Ausnahme von § 1/1, 21, 22, 24, 25, 28 bis 30, 32 Absatz 1 bis 3, 5 und 6, 33, 35 bis 41, 42 und 43 finden ebenfalls Anwendung auf die in vorliegendem Titel erwähnten öffentlichen Aufträge.“

**Art. 7** - Artikel 18 des Gesetzes vom 13. August 2011 über öffentliche Aufträge und bestimmte Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit, abgeändert durch das Gesetz vom 1. Dezember 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 werden die Wörter “mit Ausnahme von § 3 und Artikel 45” durch die Wörter “mit Ausnahme von § 3 und der Artikel 40/1 und 45” ersetzt.

2. In § 2 werden die Wörter “mit Ausnahme von Artikel 45” durch die Wörter “mit Ausnahme der Artikel 40/1 und 45” ersetzt.

**Art. 8** - In dasselbe Gesetz wird ein Artikel 40/1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Art. 40/1 - § 1 - Der in Artikel 2 Nr. 1 Buchstabe *a*) erwähnte öffentliche Auftraggeber und die in Artikel 2 Nr. 1 Buchstabe *c*) erwähnten öffentlich-rechtlichen Einrichtungen, deren Tätigkeit überwiegend vom erstgenannten öffentlichen Auftraggeber finanziert wird, deren Leitung der Aufsicht dieses öffentlichen Auftraggebers unterliegt oder deren Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgan mehrheitlich aus Mitgliedern besteht, die von diesem öffentlichen Auftraggeber ernannt worden sind, beschaffen hinsichtlich der vom König festzulegenden Waren, Dienstleistungen und Gebäude nur Waren, Dienstleistungen und Gebäude mit hoher Energieeffizienz.

Für die Anwendung des vorliegenden Artikels versteht man unter “Beschaffung eines Gebäudes” ebenfalls Miete und Erwerb dinglicher Rechte an einem Gebäude.

Die Verpflichtung gemäß Absatz 1 gilt nicht:

1. wenn ihre Anwendung im Gegensatz zu Art und Hauptziel der Streitkräfte steht,
2. für Aufträge über die Lieferung von Militärausrüstung wie in den Artikeln 3 Nr. 16 und 15 Nr. 1 erwähnt.

Andere öffentliche Auftraggeber, auf die Absatz 1 nicht anwendbar ist, ziehen hinsichtlich der vom König festzulegenden Waren, Dienstleistungen und Gebäude nur die Beschaffung von Waren, Dienstleistungen und Gebäuden mit hoher Energieeffizienz in Betracht.

Als Bedingung für die Beschaffung von Waren, Dienstleistungen und Gebäuden mit hoher Energieeffizienz gilt, dass sie mit Kostenwirksamkeit, wirtschaftlicher Durchführbarkeit, Nachhaltigkeit im weiteren Sinne und technischer Eignung vereinbar sind und ausreichender Wettbewerb vorhanden ist.

Alle öffentlichen Auftraggeber prüfen bei der Vergabe von Dienstleistungsaufträgen die Möglichkeit, langfristige Energieleistungsverträge zu schließen, die langfristige Energieeinsparungen erbringen.

§ 2 - Der König legt die Modalitäten für die Anwendung von § 1 fest. Zu diesem Zweck legt Er insbesondere Mindestanforderungen an die Energieeffizienz für die von Ihm zu bestimmenden Waren, Dienstleistungen und Gebäude fest.

Darüber hinaus kann der König die Geltendmachung der in § 1 Absatz 3 Nr. 1 und § 1 Absatz 5 erwähnten Gründe zur Rechtfertigung der Beschaffung von Waren, Dienstleistungen und Gebäuden ohne hohe Energieeffizienz einer Begründungspflicht unterwerfen."

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 15. Mai 2014

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Premierminister

E. DI RUPO

Der Vizepremierminister und Minister der Landesverteidigung

P. DE CREM

Die Vizepremierministerin und Ministerin des Innern und der Chancengleichheit

Frau J. MILQUET

Die Ministerin der Beschäftigung

Frau M. DE CONINCK

Der Staatssekretär für Energie

M. WATHELET

Mit dem Staatssiegel versehen:

Die Ministerin der Justiz

Frau A. TURTELBOOM

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2015/00769]

13 JANUARI 2016. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 21 december 2013 tot vaststelling van de minimumvoorwaarden inzake selectie, aanwerving, opleiding en bevoegdheid van de ambtenaren en personeelsleden die bevoegd zijn tot vaststelling van inbreuken die aanleiding kunnen geven tot de oplegging van een gemeentelijke administratieve sanctie

FILIP, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 24 juni 2013 betreffende de gemeentelijke administratieve sancties, artikel 21, § 1 en 4;

Gelet op het koninklijk besluit van 21 december 2013 tot vaststelling van de minimumvoorwaarden inzake selectie, aanwerving, opleiding en bevoegdheid van de ambtenaren en personeelsleden die bevoegd zijn tot vaststelling van inbreuken die aanleiding kunnen geven tot de oplegging van een gemeentelijke administratieve sanctie;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 31 januari 2014;

Gelet op het advies nr. 56.233/2 van de Raad van State, gegeven op 26 mei 2014, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Gelet op artikel 8 van de wet van 15 december 2013 houdende diverse bepalingen inzake administratieve vereenvoudiging, is dit besluit vrijgesteld van een regelgevingsimpactanalyse omdat het bepalingen van autoregulering betreft;

Op de voordracht van de Minister van Binnenlandse Zaken en op het advies van de in Raad vergaderde Ministers,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

**Artikel 1.** In artikel 1, eerste lid, van het koninklijk besluit van 21 december 2013 tot vaststelling van de minimumvoorwaarden inzake selectie, aanwerving, opleiding en bevoegdheid van de ambtenaren en personeelsleden die bevoegd zijn tot vaststelling van inbreuken die aanleiding kunnen geven tot de oplegging van een gemeentelijke administratieve sanctie, worden de woorden « en in artikel 21, § 4, eerste lid, 4°, » ingevoegd tussen de woorden « artikel 21, § 1, 1° en 2°, » en « van de wet ».

**Art. 2.** In artikel 2, § 3, van hetzelfde besluit worden de woorden « de gemeentelijke vaststellers die de overtredingen, bedoeld in artikel 3, 3°, van de wet van 24 juni 2013 betreffende de gemeentelijke administratieve sancties » vervangen door de woorden « de vaststellers bedoeld in artikel 21, § 4, eerste lid, 2° tot 4°, van de wet van 24 juni 2013 betreffende de gemeentelijke administratieve sancties ».

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2015/00769]

13 JANVIER 2016. — Arrêté royal portant modification de l'arrêté royal du 21 décembre 2013 fixant les conditions minimales en matière de sélection, de recrutement, de formation et de compétence des fonctionnaires et membres du personnel compétents pour constater les infractions qui peuvent faire l'objet de sanctions administratives communales

PHILIPPE, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 24 juin 2013 relative aux sanctions administratives communales, l'article 21, § 1<sup>er</sup> et 4;

Vu l'arrêté royal du 21 décembre 2013 fixant les conditions minimales en matière de sélection, de recrutement, de formation et de compétence des fonctionnaires et membres du personnel compétents pour constater les infractions qui peuvent faire l'objet de sanctions administratives communales;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 31 janvier 2014;

Vu l'avis n° 56.233/2 du Conseil d'Etat, donné le 26 mai 2014, en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Vu l'article 8 de la loi du 15 décembre 2013 portant des dispositions diverses en matière de simplification administrative, le présent arrêté est dispensé d'analyse d'impact de la réglementation, s'agissant de dispositions d'autorégulation;

Sur la proposition du Ministre de l'Intérieur et de l'avis des Ministres qui en ont délibéré en Conseil,

Nous avons arrêté et arrêtons :

**Article 1<sup>er</sup>.** Dans l'article 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, de l'arrêté royal du 21 décembre 2013 fixant les conditions minimales en matière de sélection, de recrutement, de formation et de compétence des fonctionnaires et membres du personnel compétents pour constater les infractions qui peuvent faire l'objet de sanctions administratives communales, les mots « et à l'article 21, § 4, alinéa 1<sup>er</sup>, 4°, » sont insérés entre les mots « article 21, § 1<sup>er</sup>, 1° et 2°, » et « de la loi ».

**Art. 2.** Dans l'article 2, § 3, du même arrêté, les mots « les constatateurs communaux qui constatent les infractions visées à l'article 3, 3°, de la loi du 24 juin 2013 relative aux sanctions administratives communales » sont remplacés par les mots « les constatateurs visés à l'article 21, § 4, alinéa 1<sup>er</sup>, 2° à 4° de la loi du 24 juin 2013 relative aux sanctions administratives communales ».